

Die Versorgungsfragen.

Gemüse- oder Getreidebau?

Eine mit „Prof. R. G—r.“ gefertigte Stellungnahme „zum Schlagwort: Bauet Gemüse“ in der Nachmittagsausgabe der „Reichspost“ hat eine ganze Anzahl von Erwiderungen aus Kreisen des Großgrundbesitzes zur Folge gehabt, deren zwei zum Abdruck gelangten. Weil darin Zweifel an der Richtigkeit der in R. G—r. s. Z. Schrift enthaltenen tatsächlichen Mitteilungen über die bedenkliche Zunahme des einträglicheren Gemüsebaues auf Kosten des Getreidebaues auf einzelnen Großgrundbesitzern geäußert wurden, ersucht der Verfasser Prof. R. G—r. in einer kurzen Antwort jene Tatsachen feststellen zu dürfen, die seiner Kritik, welche sich übrigens in der Hauptsache gegen das wahllose Hinausschleudern von allgemein gehaltenen, oft weit über das Ziel schießenden Schlagworten durch Ernährungspolitiker am grünen Tische gerichtet habe, zugrunde lagen. Der Herr Einsender schreibt:

Die Tatsachen, auf die sich meine Ausführungen stützten, sind folgende:

Auf dem Gute S. in der Nähe von Wien ließ der Besitzer fast das ganze Brotgetreide umackern und Gemüse anbauen, obwohl das dort angebaute Getreide nicht besser und nicht schlechter stand als auf den Feldern der Bauern. Der Gemüsebau erfolgt dort so ausgiebig, daß die Angestellten und das Gesinde auf die Brot- und Mehllarten angewiesen waren. Auf den Gründen der Herrschaft G. wird der Gemüsebau reichlich und mit großem Gewinn betrieben. Auf dem Gute A. sind gewaltige Flächen mit Zwiebel bebaut, auf der Herrschaft F. wird Gemüse aller Art im großen gebaut. In B. hat der dortige Pächter durch Zwiebel und Knoblauch schon Millionen verdient. Solche Fälle werden sich durch Umfrage viele feststellen lassen, so daß die Behauptung, daß durch den Gemüsebau tausende von Joch dem Brotgetreidebau entzogen worden sind, u. zw. zu einer Zeit, wo Brotgetreide notwendig ist, jedenfalls gerechtfertigt ist. Bekanntlich hat

die Gemeinde Wien mit mehreren Guts Herrschaften sehr bedeutende Gemüselieferungsverträge abgeschlossen, die für die Guts Herrschaften recht einträglich sind; Bauernwirtschaften kamen dabei nicht in Betracht, womit der Gemeinde kein Vorwurf gemacht wird, da sie das Gemüse dringend benötigt. Dagegen verdient unsere bureaukratische Ernährungswirtschaft schärfste Kritik, weil sie ruhig zusieht, daß die Gemüsepreise auf das drei- und vierfache des maximierten Brotgetreides hinausgetrieben werden können und der freien Vereinbarung überlassen werden in einer Zeit, wo alles darauf anlämt, recht viel Brotfrucht zu erzeugen. Der Gemüsebauer hat außer den hohen Gemüsepreisen auch den Vorteil, daß ihm das Gemüse nicht leicht vom Staate beschlagnahmt werden kann wegen der leichten Verderblichkeit der Ware. In den angeführten Gründen liegt aber ein mächtiger Anreiz, sich statt des weniger einträglichen Brotgetreidebaues dem viel einträglicheren Gemüsebau zu widmen in einer Zeit, wo wir das Getreide so dringend benötigen. Ohne Gemüse kann man zur Not leben, nicht aber ohne Brot. Darum ist es grundfalsch, wenn unsere Ernährungspolitik es dem Zufall überläßt, ob und in welchem Umfange Brotgetreide gebaut wird, und nicht alles tut, um den Anbau desselben mit aller Macht zu fördern. Es muß dies nicht gerade durch Erhöhung des Preises für Brotgetreide auf das Doppelte oder Dreifache geschehen — in den uns feindlichen Staaten ist der Preis des Brotgetreides überall höher als bei uns — sondern dadurch, daß man unserem Brotgetreide erzeugenden Nährstand und insbesondere dem Bauernstand endlich mit Vertrauen und jeglicher Art von Förderung entgegenkommt, nicht mit tausenderlei Verordnungen und Strafandrohungen, durch die man sich einerseits lächerlich macht, weil sie unmöglich eingehalten werden können, und andererseits wieder Verbitterung und Trost hervorrufen. (Vgl. dazu den in einer Wochenausgabe der „Reichspost“ erschienenen Aufsatz von Rud. Strog: Behandeln wir unseren Bauernstand seelisch richtig?) Es mag schon sein, daß 80% des Frühgetreides, das uns die volle Brotquote nieder gebracht hat, von den Feldern des Großgrundbesitzes stammen aber dann ist ebenso wahr, daß damit dem Großgrundbesitz auch 80% aller Frühdruschprämien zugefallen sind und somit der Verdienst nicht geringer ist als das Verdienst. Aber es liegt und lag dem Schreiber dieser Zeilen durchaus ferne, einen Keil zwischen Groß- und Kleinbesitz, zwischen Großgrundbesitzern und Bauern zu treiben, sondern sein Ideal ist, daß sich endlich einmal der ganze Nährstand auf berufsgenossenschaftlicher Grundlage zusammenenschließe, gerade so wie die gut organisierte sozialistische Arbeiterschaft, um endlich durch ein Machtgebot Vernunft in unsere Ernährungswirtschaft zu bringen; denn mit noch so gut gemeinten Ratschlägen und Warnungen ist, wie die Erfahrung lehrt, bei unseren Ernährungstheoretikern nichts auszurichten.

R. G . . . r.